

Stand: 19.06.2026 01:34:42

Initiativen auf der Tagesordnung der 42. Sitzung des GP

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/12400 vom 16.06.2026
2. Initiativdrucksache 19/12413 vom 17.06.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Pflegende Angehörige nicht zusätzlich belasten!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass

- die Pläne der Bundesregierung, eine Absenkung der Rentenbeiträge für pflegende Angehörige, ausgerechnet die Menschen treffen, die einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung leisten,
- zugleich dadurch die Gefahr von Altersarmut, insbesondere bei Frauen, steigt,
- pflegende Angehörige einen Großteil der Pflege in unserem Land stemmen und gerade bei ihnen kürzen zu wollen ein völlig falsches Signal setzt,
- vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der absehbaren Zunahme der Zahl pflegebedürftiger Menschen pflegenden Angehörigen eine Schlüsselrolle zukommt,

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene

- für echte Strukturreformen einzusetzen statt einer reinen Sparlogik auf Kosten derjenigen, die ohnehin bereits stark belastet sind,
- im Rahmen der Reformvorhaben bei der Pflegeversicherung dafür einzusetzen, dass versicherungsfremde Leistungen aus Steuermitteln finanziert werden.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, sich in Bayern für folgende Punkte einzusetzen:

- einen am Bedarf orientierten Ausbau von Entlastungsangeboten der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätze und diesen Ausbau mit den nötigen finanziellen Mitteln zu unterstützen,
- die Quartiersentwicklung konsequent voranzutreiben,
- die zentrale digitale Informations- und Beratungsplattform weiterentwickeln – für eine bessere Orientierung und Unterstützung im Hilfesystem.

Begründung:

Pflegende Angehörige arbeiten 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche und das Woche für Woche und Monat für Monat. Dies führt auf die Dauer zu einer enormen Belastung. Pflegende Angehörige brauchen nicht nur mehr und gute professionelle Unterstützung bei der Pflege, sondern sie brauchen auch Auszeiten, um ihre eigene Gesundheit zu schützen und selbst wieder zu Kräften zu kommen.

Es ist ein völlig falsches Signal, bei denjenigen zu sparen, die das Pflegesystem jeden Tag am Laufen halten. In einer alternden Gesellschaft werden absehbar mehr Menschen auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sein. Bereits heute werden über 80 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt. Seit Jahren prognostizieren Untersuchungen eine wachsende Zahl pflegebedürftiger Menschen sowie einen steigenden Bedarf an pflegerischer Versorgung. Anstatt bestehende soziale Sicherungsleistungen einzuschränken, ist es angesichts des steigenden Versorgungsbedarfs erforderlich, die Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige nachhaltig zu verbessern, indem Strukturen geschaffen werden, die zu einer Entlastung aller Beteiligten beitragen. Die soziale Pflegeversicherung zukunftsfest weiterzuentwickeln, steht außer Frage. Reformen dürfen aber nicht einseitig zulasten bestimmter Gruppen gehen.



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer, Christoph Maier, Richard Graupner, Andreas Winhart, Johannes Meier, Gerd Mannes, Benjamin Nolte, Markus Walbrunn, Roland Magerl, Matthias Vogler, Elena Roon, Franz Schmid** und **Fraktion (AfD)**

Pflegende Angehörige stärken statt bestrafen – Familiäre Pflege als tragende Säule der Gesellschaft bewahren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen gegen eine Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige einzusetzen.

Begründung:

Die Pflege älterer, kranker Menschen wird in Deutschland in erheblichem Umfang durch Angehörige sichergestellt. Auch in Bayern übernehmen zahlreiche Familien täglich Verantwortung für pflegebedürftige Eltern, Ehepartner, Kinder oder andere nahestehende Personen. Diese Form der Fürsorge stellt nicht nur einen Ausdruck familiären Zusammenhalts dar, sondern bildet zugleich eine unverzichtbare Grundlage für die Funktionsfähigkeit des gesamten Pflegesystems.

Die häusliche Pflege ermöglicht es Pflegebedürftigen, möglichst lange in ihrem vertrauten Umfeld zu verbleiben und soziale Bindungen aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig werden stationäre Einrichtungen, ambulante Pflegedienste sowie die Sozialversicherungssysteme erheblich entlastet. Ohne die Leistungen pflegender Angehöriger wären die bereits bestehenden Herausforderungen in der pflegerischen Versorgung kaum zu bewältigen. Angesichts des demographischen Wandels und der steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen wird die Bedeutung familiärer Pflege in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Vor diesem Hintergrund geben die bekannt gewordenen Pläne der Bundesregierung Anlass zu erheblicher Sorge. Die beabsichtigte Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige würde ausgerechnet jene Menschen treffen, die durch ihren persönlichen Einsatz bereits einen unverzichtbaren Beitrag für die Gesellschaft leisten. Wer die Pflege eines Angehörigen übernimmt, nimmt häufig erhebliche Belastungen auf sich. Nicht selten wird die eigene Erwerbstätigkeit eingeschränkt, unterbrochen oder ganz aufgegeben. Die daraus resultierenden Einbußen bei Einkommen und sozialer Absicherung werden in Kauf genommen, um Verantwortung innerhalb der Familie wahrzunehmen.

Eine Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge würde diese Menschen zusätzlich belasten und das Risiko von Altersarmut erhöhen. Besonders betroffen wären Frauen, die nach wie vor den überwiegenden Teil der häuslichen Pflege leisten. Die geplanten Maßnahmen senden daher ein falsches Signal an all jene Bürger, die bereit sind, Verantwortung für ihre Angehörigen zu übernehmen und damit einen Dienst am Gemeinwohl zu erbringen. Eine nachhaltige Stabilisierung der Finanzlage darf jedoch nicht zulasten derjenigen erfolgen, die das System bereits heute maßgeblich stützen. Einsparungen auf Kosten pflegender Angehöriger lösen die strukturellen Probleme der

Pflegeversicherung nicht, sondern gefährden vielmehr die Bereitschaft vieler Familien, auch künftig Pflegeverantwortung zu übernehmen.

Familien, die ihre Angehörigen pflegen, verdienen Respekt, Unterstützung und verlässliche Rahmenbedingungen. Der Staat darf familiäre Verantwortung nicht durch finanzielle Nachteile bestrafen. Vielmehr muss das politische Handeln darauf ausgerichtet sein, die häusliche Pflege zu stärken, ihre gesellschaftliche Bedeutung hervorzuheben und die soziale Absicherung pflegender Angehöriger langfristig zu gewährleisten.